**Finanztransaktionssteuer:  
Ausnahme für Derivate würde die Steuer unterminieren**

Elf Mitgliedstaaten der EU beabsichtigen, vor den Wahlen zum Europaparlament im Mai eine Finanzmarkttransaktionssteuer (FTS) zu beschließen. Die Eckpunkte werden aber möglicherweise schon vorher im Februar zwischen Frankreich und Deutschland vereinbart.

**Dabei stellt sich als Problem heraus, dass das französische Finanzministerium unter dem Druck der Finanzlobby beabsichtigt, Derivate von der Steuer auszunehmen.**

**Ohne Derivate Einnahmeverlust von über 60 Prozent**

Alle bedeutenden Studien zu diesem Thema sind sich einig, dass dem Fiskus durch eine solche Ausnahmeregelung etwa zwei Drittel der Einnahmen entgehen würden. Nach Berechnungen der Europäischen Kommission würde eine FTS unter Einschluss von Derivaten (bei einem Steuersatz für Aktien und Anleihen von 0,1% und für Derivate von 0,01%) Einnahmen von 34 Mrd. Euro bringen. Davon entfallen aber 21 Mrd. Euro auf Derivate, also 62% der Einnahmen.[[1]](#footnote-1) Werden Derivate ausgenommen, würden die Einnahmen auf 13 Mrd. Euro schrumpfen.

**Auf Deutschland würden bei Einbeziehung von Derivaten 11,75 Mrd. Euro entfallen. Würden Derivate ausgenommen, blieben nur noch 4,5 Mrd. Euro übrig.**

Der Schaden könnte sogar noch größer werden: Sollte es eine Ausnahme für Derivate geben, so ließe sich ein Großteil der Steuer auf Aktien und Anleihen mit Hilfe von Derivaten auch noch umgehen. Eine Ausnahmeregelung für Derivate würde die Steuer also ganz entscheidend unterminieren.

Angesichts der 65 -70 Mrd. Euro die nach Berechnungen des Max Planck Instituts allein in Deutschland direkt zur Rettung der Banken aufgewendet wurden – d.h. ohne die Lasten der Konjunkturprogramme zur Abfederung der Krise und die Kosten der Rezession von 5,1% des deutschen BIP, die durch die Finanzkrise ausgelöst wurde – ist es völlig ungerechtfertigt, der Finanzindustrie jetzt ein weiteres Geschenk zu machen.

**Ohne Derivate bleiben die gefährlichsten Wertpapiere verschont**

**Derivate von der Steuer auszunehmen, würde darüber hinaus bedeuten, genau die Finanzinstrumente zu verschonen, die 2008 maßgeblich zur Finanzkrise geführt haben.** Die FTT kann nur dann zur Marktstabilisierung beitragen, wenn sie auf ein breites Spektrum von Transaktionen erhoben wird. Gäbe es eine Ausnahme für Derivate, würde dies genau den falschen Anreiz setzen, nämlich noch mehr mit Derivaten zu handeln. Das ist schon jetzt ein Problem: *In Deutschland hat sich z.B. der außerbörsliche Handel mit Zinsderivaten von April 2010 bis April 2013 auf mehr als 100 Mrd. $ täglich verdoppelt.*[[2]](#footnote-2) In einem Zeitraum von etwa drei Wochen wird jeweils das Äquivalent des Gesamt-BIP aller EU-Staaten in auf Euro lautenden Zinsderivaten gehandelt[[3]](#footnote-3), und die auf Euro lautenden Geschäfte machen jetzt schon fast die Hälfte des Weltanlagemarkts aus.

**Nicht die Einführung einer weitreichenden FTT birgt Risiken – ganz im Gegenteil: Politisch und ökonomisch riskant wäre es, nur traditionelle Anlageformen zu besteuern und dadurch Einnahmen, Stabilität und Glaubwürdigkeit zu verlieren.**

1. Die Europäische Kommission schätzt, dass 62 % der voraussichtlichen Einnahmen in Höhe von 34 Mrd. € aus Derivaten erzielt werden. Nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) würden 66 % von insgesamt 37,4 Mrd. € aus Derivaten erzielt. Vgl. dazu DIW, ebenda, sowie EC, Impact Assessment of the EU-11 FTT (Februar 2013), <http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/swd_2013_28_en.pdf> [↑](#footnote-ref-1)
2. Alles per Bank for International Settlement (BIS), *Triennial Central Bank Survey*, (April 2013), <http://www.bis.org/publ/rpfx13ir.pdf> [↑](#footnote-ref-2)
3. 15 Handelstage à 1,146 Bio. $ entsprechen 17,19 Bio. $, per BIS, ebenda. [↑](#footnote-ref-3)